

Skizzen und Dokumente zum NS-Faschismus in Lindau 1933 - 1945

Als Reichspräsident Paul von Hindenburg nach langem Drängen aus interessierten Kreisen der deutschen Industrie und Banken Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum neuen Reichskanzler ernannte, hatte dies auch für Lindau gravierende Folgen. Ähnlich wie in ganz Deutschland hatte dessen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei NSDAP bei den beiden Reichstagswahlen zwischen Juli und November 1932 auch in der bayerischen Bodenseestadt deutlich verloren, von 3776 auf 2190 Stimmen.

Am 6. Februar feierte Lindaus NSDAP zusammen mit der deutschnationalen DNVP und deren „Stahlhelm“-Bund die erste Regierung Hitlers mit einer Demonstration ab der „Sängerhalle“, heute der Inselhallenparkplatz, wie Lindaus deutschnationales Tagblatt



berichtete: „Unter Vorantritt der etwa 30 Mann starken Konstanzer SA-Kapelle setzte sich der Zug, uniformierte SA, der Stahlhelm und zuletzt die SS, mit Hitlerbannern und Stahlhelmfahnen in Bewegung. Eine zahlreiche Zuschauermenge wohnte den Vorgängen bei. Der Zug wurde mit lebhaften Heilrufen begrüßt, die vereinzelte ‚Rot-Front-Rufe‘ übertönten. Die Polizei hatte überall ein

Lindauer NS-Aufmarsch mit einem Teil der örtlichen NSDAP-Spitze.

Sammlung Maurus, Schwätzen, Repro: Schweizer

wachsame Auge. Ein kleinere Ansammlung von Kommunisten, die wohl mit der Absicht gekommen waren, den Aufmarsch zu stören, wurde von der Polizei aufgelöst, bevor es zu irgendwelchen Gegenaktionen gekommen wäre.“

Demokratieabbau durch Wahlschikanen

Im anlaufenden Wahlkampf zu den von Reichspräsident Hindenburg auf den 5. März festgelegten erneuten Reichstagswahlen wurde der nun rasch fortschreitende Demokratieabbau deutlich. Der Augsburger Redner für die KPD-Wahlversammlung am 23. Februar im Reutiner „Kolloseum“, heute „Bodenseehotel“, kam gar nicht erst bis Lindau, da er zuvor verhaftet wurde. Als der Lindauer KP-Vorsitzende Simmoleit daraufhin selbst eine Ersatzrede halten wollte, verbot ihm dies die anwesende Polizei. Diese „hatte es jedoch für besser und zweckmäßiger gehalten, dafür zu sorgen, dass die Stimme des Vorsitzenden geschont bleibt“, wie die Lokalzeitung zynisch bemerkte. Eine von der „Eisernen Front“ Lindau, dem Zusammenschluss von Sozialdemokratischer Partei, den freien Gewerkschaften, dem Arbeitersportbund und der Arbeiterkulturgruppe auf den 4. März geplante Wahlwerbe-Demonstration wurde im Zusammenspiel von örtlicher Polizei, Bezirksamtsvorsitzendem Leyser sowie SS und SA abgewürgt. Zunächst wurde nur die Teilnahme von uniformierten Mitgliedern des Reichsbanners sowie dessen Musikgruppe genehmigt. Zusätzlich wurde SA, SS und NSDAP ebenfalls erlaubt, im Abstand von nur 200 Metern hinter der sozialdemokratischen Arbeiterdemonstration mit

einem eigenen uniformierten Aufzug zu folgen. Deshalb sagten Gewerkschafts- und SPD-Spitze die eigene Demonstration ab, woraufhin auch die örtlichen Faschisten plötzlich auf ihren Umzug verzichteten. Die nur noch halb demokratischen Wahlen brachten der NSDAP in der Stadt Lindau bei rund 13.700 Einwohnerinnen und Einwohnern 42,6% und im Bezirk, heute Landkreis, 51,9% der Wählerstimmen.

Frühe politische Verhaftungen

Bereits am 1. März hatten auch in Lindau auf Mitveranlassung des bereits 1931 der NSDAP beigetretenen Oberbürgermeister Ludwig Siebert die politischen Verhaftungen begonnen, zunächst nur bei Mitgliedern der kommunistischen Partei. Am Vormittag des 10. März wurden die Wohnungen von 18 Kommunistinnen, Kommunisten und erstmals auch Mitgliedern der SPD polizeilich durchsucht und 18 Personen in „Schutzhaft“



Vorstellung des neu eröffneten KZ Dachau am 25. März 1933 im „Lindauer Tagblatt“.

genommen. Im „Volkshaus Gotenkeller“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Vereine in der Grub, heute Gaststätte „Barcelona“, wurden die Unterlagen beschlagnahmt. Drei Tage später meldete das Tagblatt: „Erneute Polizeiaktion. Aufgrund der Auflösung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurde laut Polizeibericht am Samstag den 11. März bei einer größeren Anzahl von Mitgliedern das gesamte Material an Ausrüstung, Vereinsvermögen, Fahnen, Abzeichen, sowie schriftliche Sachen in polizeiliche Verwahrung genommen. Ferner wurden am Sonntag, den 12. März erneut 10 Kommunisten

und ein Reichsbannerführer in Schutzhaft genommen.“

Am 25. März stellte die Lokalzeitung mit Fotos und Text das zwei Tage zuvor eröffnete Konzentrationslager Dachau vor. Zunächst einmal seien dorthin 200 Personen aus Bayern gebracht worden, doch solle die Zahl auf bis zu 5000 erhöht werden.

Antisemitische Ausschreitungen bereits am 1. April

Wie in ganz Deutschland fand auch in Lindau am 1. April 1933 der erste öffentliche und bewaffnete Boykott jüdischer Geschäfte statt. Ortrud Davidson, evangelisch getaufte Tochter des 1905 vom jüdischen zum evangelischen Glauben übergetretenen Lindauer Arztes Otto Davidson, erinnerte sich später daran: „Richtig gemerkt, was auf uns zukam, haben wir es am 1. April, als man uns Leute vor die Tür stellte, die aufpassen sollten, wer zu uns kam. Da ist es zum ersten Mal klar geworden, dass wir jetzt diskriminiert werden. Aber es gab auch Leute, die trotzdem gekommen sind und sich getraut haben...“. Seine verzweifelten öffentlichen Zeitungsanzeigen, dass er seit 1905 Mitglied der evangelischen Kirche ist, schützten Otto Davidson nicht davor, später in das KZ-Getto

Theresienstadt verschleppt zu werden. Andererseits betonten gut bürgerliche Lindauer Geschäftsleute in ihren Annoncen zum bevorstehenden Osterfest jener Tage wiederholt: „Rein deutsche Firma, christliche Inhaber“. Und unter den amtlichen Briefen der Stadtverwaltung wurde nun mit „Heil Hitler“ und „Deutschem Gruß“ begrüßt. Lindaus erst 30-jähriger neuer 1. Bürgermeister Fritz Siebert, ebenfalls wie sein Vater Ludwig seit 1931 Mitglied der NSDAP, meldete am 8. April an die Regierung von Augsburg zur präzisen Vorbereitung späterer Verfolgungsmaßnahmen: „Hier befinden sich 16 Israeliten. Es handelt sich dabei um 4 Familien, von denen 3 bereits vor dem Kriege hier ansässig waren...“.

Fritz Siebert war am 26. April mit 16 gegen 4 Stimmen zum neuen Linauer 1. Bürgermeister gewählt worden, nachdem drei Tage zuvor die Stadtratszusammensetzung gemäß dem Wahlergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März zu Gunsten der NSDAP geändert worden war. Sein Vater und Vorgänger als Oberbürgermeister Lindaus war am 16. März zum kommissarischen Finanzminister der ersten bayerischen NS-Regierung berufen worden. Am 12. April stieg er zum Bayerischen NS-Ministerpräsidenten auf. Nachdem am 2. Mai die bisherigen freien Gewerkschaften verboten wurden, am 9. Mai auch in Lindau die Restvermögen der örtlichen SPD, und der Gewerkschaften polizeilich



und ersatzlos beschlagnahmt und die jeweiligen Kassierer auf Verdacht verhaftet worden waren, meldete das Tagblatt am 30. Juni, dass neben SPD-Stadt- und Bezirksräten inzwischen auch die ersten örtlichen Mitglieder der katholischen Bayerischen

Infamierender Angriff gegen den Gewerkschaftsmarxismus

Die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland besetzt und die Führer in Schmach genommen

Ein vernichtender Schlag

Heute, 8. Mai. Der Völkische Beobachter hat die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland besetzt und die Führer in Schmach genommen.

Die Arbeiterrechte bleiben unberührt

Heute, 8. Mai. Die Arbeiterrechte bleiben unberührt.

Zusammenfassung des Aktionsausschusses

Heute, 8. Mai. Der Aktionsausschuss zum Schutz der deutschen Arbeit hat sich wie folgt geäußert:

Volkspartei wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet worden seien. Am 22. Juni wurde nach der KPD auch die SPD verboten, bis 5. Juli die restlichen bürgerlichen Parteien zur Selbstauflösung gezwungen.

Perspektive Krieg

Bereits am 8. August wandte sich Lindaus Bürgermeister Siebert mit dem Vorschlag an Claude Dornier in Friedrichshafen, in den Gebäuden der früheren Nestle-Milchfabrik in Lindau-Rickenbach ein Zweigwerk seiner Flugzeugfabrik zu errichten, „nachdem nun Aussicht besteht, dass der Flugzeugbau aus verschiedensten Gründen einen immerhin beträchtlichen Aufschwung nehmen wird.“

Als die NS-Wehrmacht 1938 in Vorarlberg einmarschierte

„Österreich ist frei und nationalsozialistisch“ titelte die Lindauer Nationalzeitung am 12. März 1938 mit einer sich selbst widersprechenden Schlagzeile. Damit wurde journalistisch für gut geheißenen, was als die gewalttätige Einverleibung Österreichs in den nun erstmals erweiterten NS-Machtbereich stattgefunden hatte. Die deutschen Pläne dafür stammten vom November des Vorjahres. Anfang März 1938 hatte das alarmierte österreichische Militär zur Grenzsicherung auch vom Westallgäu bis zum Bodensee

größere Einheiten stationiert. Das Alpenjägerbataillon in der Bregenzer Garnison wurde am Vormittag des 11. März in Alarmbereitschaft versetzt. Die Gebirgshaubitzenkompanie marschbereit gestellt. Zwei Jägerkompanien wurden nach Lochau und Krumbach verlegt. Gegen 19.15 Uhr aber kam von Wien aus der Befehl, bei einem Einmarsch deutscher Truppen nach Vorarlberg keinen Widerstand zu leisten.



Auf deutscher Seite waren zu dieser Stunde bereits Einheiten des Infanterieregiments 14 von Konstanz über Meersburg in Richtung Lindau und Bregenz unterwegs. Um 4.00 Uhr des nächsten Tages standen diese an den Grenzübergängen über die Leiblach. Einige Soldaten gelangten unbemerkt über den Fluss und stellten fest, dass ihnen kein militärischer Widerstand entgegen stand. Anschließend marschierten die deutschen Truppenteile am 12. März offen in Bregenz ein, von Vorarlberger Anhängern der NSDAP, den zahlreichen überraschten „Hakenkreuzlern“ bejubelt. Lindaus NS-Blatt formte daraus u.a. folgende Schilderung: „Hakenkreuzfahnen flatterten von den dienstlichen Gebäuden und die Privathäuser standen im Flaggenschmuck kaum nach. Überall sahen wir Soldaten, denen immer wieder der deutsche Gruß aus der Menge der herumziehenden Bevölkerung galt.“

Die in der Lindauer Luitpoldkaserne stationierten

Soldaten waren am Einmarsch in Vorarlberg nicht beteiligt. Sie wurden von der Wehrmachtsführung ein Tag zuvor in Niederösterreich eingesetzt und lagerten in Perchtoldsdorf bei Wien. Eine Woche später erfolgte ihr Rücktransport nach Lindau. Dort feierten die örtlichen NS-Organisationen von dem „Pimpfen“ bis zu den politischen Leitern am Wochenende nach der Besetzung den Einmarsch mit einer Freudenkundgebung. Doch bereits fünf Tage nach der Aufhebung der politischen deutsch-österreichischen Grenze wurden die neuen Reisefreiheiten wieder eingeschränkt, wie das Lindauer NS-Blatt meldete: „Flüchtlingen, die in Österreich noch keine Existenz haben, ist es verboten, nach Österreich einzureisen.“

Kein Mitleid mit Zwangsarbeitern während der NS-Zeit in Lindau erlaubt

In Lindau kamen kurz nach Beginn des 2. Weltkrieges bereits im Herbst 1939 die ersten polnischen Zwangsarbeiter an. Während des Krieges mussten innerhalb des Lindauer Stadtgebietes 770 ausländische Menschen Zwangsarbeit leisten, im gesamten Landkreis 1 285, davon beispielsweise in der Gemeinde Bodolz 115 und in Schlachters 135. In Lindau existierten folgende entsprechend mit Stacheldraht umzäunten und bewachten Lager: Jenes der Stadt zusammen mit der Deutschen Arbeitsfront war östlich der Kamelbuckelbrücke, ein Dornierlager war an der Laiblach im Bereich der heutigen Autobahnbrücke errichtet worden, ein zweites südlich der Firma im Bereich der heutigen Parkplätze in Rickenbach und ein in Güterwagons untergebrachtes der Deutschen Reichsbahn auf den Abstellgleisen westlich des Filmpalastes.

Die städtische Baubewilligung für das Laiblachlager vom Sommer 1942 hielt u.a. penibel fest: „Die der Laiblach zugeführten Abortwasser müssen vorher eine Frischwasser-

Kläranlage passiert haben. Die Instandhaltung des Zufahrtsweges von Oberhochsteg zum Lager obliegt dem Gesuchsteller...“. Im Dezember 1942 hielt das Rüstungskommando in Augsburg in seinem Wochenbericht dazu fest: „Das Lager der Firma Dornier-Werke Rickenbach an der Laiblach ist fertiggestellt und teilweise belegt.“ Neben einer stattlichen Anzahl von Bauernhöfen, auf denen diese Frauen und Männer arbeiten mussten, profitierten die Lindauer Firmen Dornier, Wankel, Escher Wyss und Elektra sowie die Gleisbauabteilung der Reichsbahn von deren Arbeitskraft, in Schlachters die Obstverwertung Geiger.

Die in der Mehrzahl gegen ihren Willen verschleppten Menschen stammten u.a. aus der Sowjetunion, aus Polen, Jugoslawien und Frankreich. Nach dem Sturz des Mussolini-Faschismus in Italien im Sommer 1943 und der bald darauf folgenden Besetzung des Landes durch deutsche Truppen, kamen auch in Lindau italienische Militärinternierte hinzu, insbesondere in den Lagern Kamelbuckel und Leiblach.

Über Lindaus Tagblatt, inzwischen zur Lokalausgabe des Südschwäbischen Tagblattes



Ukrainische Zwangsarbeiter eines Gleisbautrupps 1944 bei der Essensausteilung hinter dem Gebäude des Filmpalastes auf der Lindauer Insel.
Foto: DB-Museum im Verkehrsmuseum Nürnberg.

herunter gestuft, erteilten die Partei- und Staatsstellen des Regimes immer wieder entsprechend rassistische und hetzerische Anweisungen an die örtliche Bevölkerung, so beispielsweise in der Ausgabe vom 19. Mai 1943: „Die Kriegsverhältnisse bringen es mit sich, dass auch im Kreis Lindau gegenwärtig zahlreiche Fremdarbeiter in der Wirtschaft

beschäftigt werden. Diese Fremdarbeiter sind nicht unseres Blutes und unserer Art ... Mit den Ostarbeitern haben wir nichts gemeinsam, und Gefühlsduselei würde als Unsicherheit und Schwäche ausgelegt ... Das schwerste Vergehen aber, was es als Sünde wider das Blut geben kann, ist der Verkehr zwischen Deutschen und Ostarbeitern ... Auch die Treue zum Blut ist das Mark unserer Ehre: Wer das deutsche Blut besudelt, schaltet sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus.“

Über das Lager östlich der Kamelbuckelbrücke notierte Reutins Schulrektor Baptist in seinen Erinnerungen u.a.: „Im März 1943 begann das Lager mit 28 französischen Kriegsgefangenen. Einige sind in die Schweiz entkommen. Ihnen folgten Polen und Russen. Russen waren als Schuster und Schneider für das Lager tätig ... Es war schwer, das Notwendigste an Kleidung, Schuhen und Nahrung zu beschaffen. Das Lager zählte zuletzt 110 Männer, 72 Frauen und 28 Kinder. Alle Nationen waren zuletzt im Eisenbahnbetrieb vertreten: Franzosen, Polen, Russen, Serben, Slowaken, Kroaten, Italiener, Tschechen, Ungarn, Belgier, Holländer, Griechen...“.

Nach der Befreiung und Besetzung Lindaus am 30. April 1945 kamen die letzten dieser gepeinigten Menschen wieder frei. Die französische Besatzungsmacht hielt nun für etliche Monate im Kamelbuckellager bisherige NS-Größen und einen Teil ihrer

Helfershelfer aus dem ganzen Kreisgebiet fest. Westlich von Hergensweiler erschlugen frei gekommene Zwangsarbeiter den mit einer Pistole bewaffneten und flüchtenden bisherigen NSDAP-Kreisleiter Hans Vogel.

Denunziation führte zum Mord an Iwan Paczyk

Iwan Paczyk kam 1941 als dreizehnjähriger Junge mit einem „Polentransport“ aus dem Raum Kielce südlich von Warschau nach Lindau. Halb verhungert und zerlumpt wurde er von der Motzacher Bäuerin aus Mitleid mit auf ihren Hof genommen. Dort konnte er



Die Gegend des Mordes an Iwan Paczyk unterhalb des Schönbühls heute. Damals diente das Gelände nördlich des großen Klosterweiher als Übungsgelände der SA-Leibstandarte in Lindau und den bei Zwisler in Rehllings reparierten Panzern.

zunächst nicht als Arbeitskraft verwendet werden, sondern musste erst wieder genesen und zu Kräften kommen. Es fiel bald auf, dass er handwerklich sehr geschickt war und beispielsweise aus trockenen Maisblättern Schuhe flechten konnte.

Einmal beobachtete ihn der Leiter der damaligen Milchzentrale Lindau, als er, wie auf Milchbauernhöfen üblich, aus einer zum Kühlen in den Brunnen vor dem Hof abgestellten Milchkanne etwas Rahm abschöpfte und trank. Dies galt damals als „volksschädlich“ und war streng verboten. Ein weiteres Mal war er mit zwei jugendlichen Mädchen des Dorfes allein am Waldrand auf der Motzacher Reute beim Kirschen pflücken. Auch eine derartige zwischenmenschliche Nähe war aus rassistischen Gründen untersagt. Ein Magd des Bauernhofes wurde in jener Zeit entlassen, da sie trotz wiederholter Ermahnungen durch den Bauern einfachste Hygieneregeln nicht beachtete. Als sie einige Zeit später auch auf einem weiteren Bauernhof in Oberhof entlassen wurde, kehrte sie nach Vorarlberg zurück. Dort wurde sie von der Polizei aufgegriffen und verhört. Nicht arbeitende Knechte und Mägde wurden in den Kriegsjahren durch NS-Behörden schnell als „asoziales Gesindel“ eingestuft und entsprechend bestraft. Wohl als Notlüge, so die

Auskunft der heutigen Bauernfamilie, gab diese Magd vermutlich an, der polnische Zwangsarbeiter habe ihr „nachgestellt“.

Iwan Paczyk wurde von der GeStaPo in Lindau verhaftet, eingesperrt und verhört. Der Bauernfamilie wurde zunächst nichts darüber mitgeteilt, wie der Vorwurf lautete. Obwohl sich der Bauer selbst und die NS-Bauernführer von Reutin und Aeschach bei der NSDP-Kreisleitung und den Behörden für den Jugendlichen einsetzten, konnten Sie dessen Hinrichtung nach 14 Tagen nicht mehr verhindern.

Alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der umliegenden Bauernhöfe und die Bauern wurden von der NSDAP-Leitung angewiesen, der Hinrichtung am Schönbühl beizuwohnen. Dies verweigerten allerdings etliche von ihnen, darunter die Familie auf deren Hof Iwan gearbeitet hatte, ohne dass sie dafür bestraft wurden. Der unschuldige Jugendliche musste ohne Gerichtsurteil vor der versammelten Partei- und Behördenprominenz in der Nähe des damaligen „Sonnenhäuschens“ nördlich des großen Kloster Weihers auf Obstkisten steigen und wurde von dort aus an einem der Bäume erhängt.

Eine Gedenktafel, welche an Ort und Stelle an diesen rassistischen Mord des NS-Regimes erinnert, fehlt bis heute.

Der Beginn der französischen Besatzungszeit 1945

Zu den ersten Maßnahmen der neuen Macht nach der militärischen Befreiung vom NS-Faschismus gehörte in Lindau ab 3. Mai 1945 die Errichtung verschiedenster Gefangenenlager in der Stadt. Im Keller der Buchhandlung Stettner wurden vorübergehend politische und militärische Repräsentanten des NS-Regimes festgehalten. Gleiches geschah im Landratsamtsgebäude im ehemaligen „Stift“, im Amtsgerichtsgefängnis nebenan und in den Räumen der bisherigen NSDAP-Kreisleitung



Entladung eines französischen Panzers im Mai 1945 im Lindauer Hafen. Foto: ECPA Fort Ivry sur Seine bei Paris.

im Haus Baumgarten. Hinzu kam das Kamelbuckellager, etwas später das Lager auf dem Gelände des Holzbau Schneider, heute Alpengarten, sowie zwei Kriegsgefangenenlager, eines auf dem Gelände des städtischen Bauhofes und das größte in und an der Sängerkirche, heute Inselhalle. Letzteres bestand bis November 1945. Seine Insassen wurden vom Lindauer Roten Kreuz unter Leitung von Karl Bachmann versorgt. Etliche

Lindauerinnen bewahrten in diesen Wochen verschiedenste Männer als bisherige Wehrmachtsangehörige mit passender Zivilkleidung, neuen Papieren und Lebensmitteln vor einer Einweisung. Gegen bisherige Kollaborateure aus dem früheren französischen Machtbereich gingen die Wachmannschaften immer wieder rücksichtslos vor. Von Zeit zu Zeit wurde ein Teil der Gefangenen, insbesondere jene mit Wohnsitz in der britischen und US-amerikanischen Zone in das Zentrallager bei Rottweil verlegt. Andere Transporte brachten Gefangene zu Wiederaufbauarbeiten nach Frankreich.

Lindaus Stadtverwaltung wurde zu strikter Weiterarbeit angewiesen, u.a. in der Villa Holdereggen und in der Hospiz-Dependance. Neuer Bürgermeister wurde zunächst Rechtsanwalt Dr. Eberth.

Am 8. Mai feierten die französischen Soldaten hocherfreut das Ende des 2. Weltkrieges und der NS-Herrschaft in Europa. General Jean de Lattre de Tassigny bezog am 12. Mai die Villa Wacker und errichtete darin sein Hauptquartier.

Ähnlich wie beispielsweise die Insel Reichenau und Wasserburg-Hege erlebte Lindau am 23. und 24. Mai 1945 einen heftigen Tiefpunkt im Verhältnis zu der französischen



Besatzungsmacht. Knapp zwei Tage und Nächte musste der Großteil der Einwohnerschaft der Insel und des Stadtgebietes südlich einer Linie Rotmoosstraße – Kemptener Straße – Oberengersweiler Weg und Spitalmühlweg seine Wohnungen verlassen und mit Handgepäck ausgestattet auf das Land ziehen. Rund 8000 Menschen mussten ihre unverschlossenen Wohnungen verlassen, etwa 2000 durften bleiben. Trotz Verbots kam es zu Plünderungen durch Besatzungssoldaten. Nach Protesten durch farbige französische Soldaten, aus der Schweiz und von der US-Militärverwaltung (!) erreichte eine Lindauer Delegation das Ende des kleinen „Exodus“. Von Mai bis Juni 1945 hielt sich in Hochbuch eine kleine US-Fernmeldeeinheit auf.

Auslöser der Aktion war, dass am Pfingstsonntag, dem 20. Mai, das Anwesen Fries in Hege nieder brannte. Darin war eine Vulkanisierungsanlage des französischen „Service Social“ unterbracht gewesen. Der

dortige Bürgermeister hatte zudem einen französischen Offizier beleidigt. Bis heute ist Foto: ECPAD Ivry Sur Seine bei Paris. nicht geklärt, ob die Brandursache auf Deutsche oder Franzosen zurück zu führen ist. Außerdem sollen bei der Villa Wacker Schüsse auf ein französische Offiziersauto gefeuert worden sein. Die französische Seite befürchtete immer noch terroristische „Wehrwolfaktionen“ fanatischer NS-Anhänger.

Immer wieder beschlagnahmte die französische Seite Gegenstände des täglichen Bedarfs, um diese vor Ort selbst zu verwenden, oder sie als Ausgleich für die Kriegsschäden nach Frankreich zu versenden. So wurde per Lautsprecherwagen

beispielsweise folgende Abgabensite für jede Familie in der Stadt bekannt gegeben: „1. Einen Anzug (Jacke, Weste und Hose), 2. Etwas Unterwäsche (Hemd mit Kragen, Unterhose, zwei Taschentücher, ein Paar Socken, eine Krawatte), 3. Ein Paar Schuhe. Sämtliche Gegenstände in tadellosem Zustand ... Ablieferungszeit am 21. und 22. Juni 1945. Wer der Ablieferungspflicht nicht nachkommt, hat Repressalien zu erwarten“. Auf dem Landratsamt wurde ein Requisitionsbüro geschaffen, welches für alle beschlagnahmten Gegenstände provisorische Quittungen auszustellen hatte. Neben den örtlichen Bekanntmachungen über einen Lautsprecherwagen unter technischer Leitung von Radiohändler Schmid seit Mai, erfuhr die Informationssituation eine deutliche Verbesserung, als Ende Mai der frühere NS-Reichssender München fünfmal täglich mit aktuellen Radiosendungen seinen neuen Betrieb aufnahm. Seit dem 7. August erschien das Lindauer Amtsblatt in gedruckter Form mit amtlichen Bekanntmachungen, kurzen lokalen Meldungen, Veranstaltungshinweisen und immer mehr Suchanzeigen. Zu den Nachrichten gehörte auch, dass Frankreichs General de Gaulle am 12. und 13. Mai zu Gast in Lindau sein wird, und dass vom 12. bis 16. Juni das große Fest der französischen Armee mit Anwesenheit des Sultans von Marokko stattfinden werde. General de Lattre de Tassigny verstand es gut, seine Macht inszenieren zu lassen. Andererseits musste beispielsweise am 9. Juli erstmals öffentlich angeprangert werden, dass Lindauer Jugendliche bekannte frühere NS-Gegner beleidigt hatten.

Am 29. Juni berief provisorischer Bürgermeister Eberth in Absprache mit der Militärregierung 21 Personen zu Stadtbeiräten, einer ersten Form eines provisorischen neuen Stadtrates. Eine Frau war nicht darunter. Die Beiräte gehörten bis März 1946 in aller Regel zu den Gründungsmitgliedern der vier ersten Parteien, CDP/CSU, DVP/FDP, der SPD, der KPD und der Gewerkschaften.

Ein Großteil von ihnen war auch Mitglied des am 12. Oktober 1945 gegründeten Antifaschistischen Blocks Lindau. Hier war mit Katharina Seifried wenigstens eine Frau Gründungsmitglied.

Im September bereits hatten die Vorbereitungen zur Gründung eines Kreispräsidiums begonnen, einer obersten Dienstbehörde für das Gebiet des Landkreises Lindau mit ähnlichen Befugnissen wie eine Landesregierung. Der Landkreis Lindau mit seinen rund 54 000 Einwohner/-innen bildete die Landbrücke zwischen der französischen Besatzungszonen in Württemberg und Baden im Westen sowie Vorarlberg mit Tirol im Osten.

Zunächst sollte der ehemalige deutschnationale Reichswehrminister Otto Gessler in Lindenberg Kreispräsident werden. Als allerdings die US-Militärregierung in München erkannte, dass Gessler während der Weimarer Republik in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister maßgeblich an der Schaffung der illegalen „Schwarzen Reichswehr“ beteiligt war, wurde dessen Einsetzungsfeier telefonisch abgesagt. Mit Datum vom 1. November 1945 erhielt der ehemalige Lindauer SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Oskar Groll den Auftrag, mit den Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung des Kreispräsidiums zu beginnen.

Ein französischer Blick auf das Nachkriegslindau 1945

Simonne de Lattre beschrieb im Band 2 ihres 1972 in Paris erschienenen Buches „Jean de Lattre, mein Mann“ mit einigen Zeilen die gemeinsame Lindauer Zeit:

„... Benyakhov zeigte uns zuvor das Hotel Bad Schachen, wo der Generalstab komfortabel untergebracht war (Zimmer und Büros) – dies war der ‚Palast‘ des Ortes, direkt am Bodenseeufer gelegen. Er erinnerte mich daran, dass der General hier am 7. Mai die Internierten von Bedeutung Daladier, Paul Reynaud in Begleitung seiner treuen Sekretärin, die er wohl bald darauf geheiratet haben dürfte, Edmond Jouhaud ebenfalls

mit seiner Sekretärin, Michel Clemenceau, der Sohn des ‚Tigers‘, Boroto ... empfangen hatte...

Das Leben in Lindau war voller Aufregung. Ich fand zwar alle sofort auf ihrem Posten vor, doch es herrschte eine Atmosphäre der Entspannung, der Freude und einer mir bisher unbekannten Euphorie.

Die Kocherei im Generalstab war äußerst lustig. Bei jeder Mahlzeit wurde dem Leutnant Haugade vom meinem Bruder mit ‚Erschießung‘ gedroht, falls er die Speisekarte nicht in Versen abfassen würde! Simiot, der gerade aus der Gefangenschaft Befreite, gehörte nun wieder zu uns... Man freute sich über den wiedergewonnenen Frieden, über das Baden im See und die Ausflüge nach Bregenz und Österreich.

Für den Oberkommandierenden tauchten neue Problem auf, und zwar die der Besetzung und der Verwaltung dieser noch gar nicht genau abgegrenzten Zone, und die Beziehungen sowohl zu den siegreichen Alliierten als auch den besiegten Deutschen. Jean entfaltete dabei all seine großartigen Fähigkeiten. Gleich am Anfang interessierte er sich für die deutsche Jugend.

Ein bewegendes Zusammentreffen mit dem jungen Sohn des Marschall Rommel, der zur gleichen Zeit wie General Speidel festgenommen worden war, machte ihm das ganze Drama all derer bewusst, die zwar ihr Vaterland aus tiefem Herzen liebten, die Auswüchse und Verbrechen des Nationalsozialismus jedoch verdammt. Der siebzehnjährige Rommel wurde nach seinem Bericht über den ‚erzwungenen Selbstmord‘ seines Vaters freigelassen. Er durfte zu seiner Mutter und sein Studium in Tübingen fortsetzen...

Ohne Verzögerung fanden schöne Aufmärsche, erstklassige Schauspiele und tadellose Paraden statt. Zweifelsohne konnten die Lichter und riesigen Flaggen die Einwohner an einen gewissen Prunk des vergangenen Regimes erinnern, aber das für Bewunderungen nur allzu bereite deutsche Volk hatte sich den Durst auf Vorgänge dieser Art bewahrt. Man musste es dadurch allmählich entgiften, dass man das Gewünschte anbot ohne zu versäumen, ihm die Hochschätzung und den Respekt für seine Sieger beizubringen.

Es handelte sich auch darum, die Vergewaltigungen und die ‚unüberlegten‘ Plünderungen, die sowohl durch Forces Françaises de l'Intérieur als auch die Muslime begangen worden waren, streng zu ahnden. Man musste schließlich auch das ganze angehäuften Elend, das sich bei uns in Frankreich seit 1940 angesammelt hatte, beseitigen!“

Was wurde aus den Lindauer NS-Faschisten ?

Eine spezielle Form der „Entnazifizierung“ der bisherigen Stützen des Regimes erfolgte bereits unmittelbar vor dem Einmarsch der französischen Truppen 1945. Trotz warmen Wetters rauchten ungewöhnlich viele Schornsteine im Stadtgebiet. Zentnerweise wurden in Privathäusern, Geschäften und in Amtsräumen Dokumente, NS-Uniformen und weitere Utensilien der „braunen Jahre“ verbrannt - Einer der Wege für geschönte Biographien für die Zeit nach Adolf Hitler.

Die französischen Truppen begannen ab 3. Mai mit der Gefangennahme von zunächst rund 150 Lindauer Mitgliedern der NSDAP. Das im März 1943 eröffnete bisherige Zwangsarbeiterlager der Stadt Lindau und der Deutschen Arbeitsfront DAF östlich der Kamelbuckelbrücke diente nun als „Lager zum schönen Aufenthalt“ als Gefangenenlager für NS-Belastete aus Stadt und Landkreis Lindau.

Ein weiterer Teil der gefangenen „Nazis“ wurde ab 8. Mai zusammen mit weiteren männlichen Gefangenen auf dem Gelände der Firma Holzbau Schneider im Bereich des heutigen „Alpengarten“ interniert.

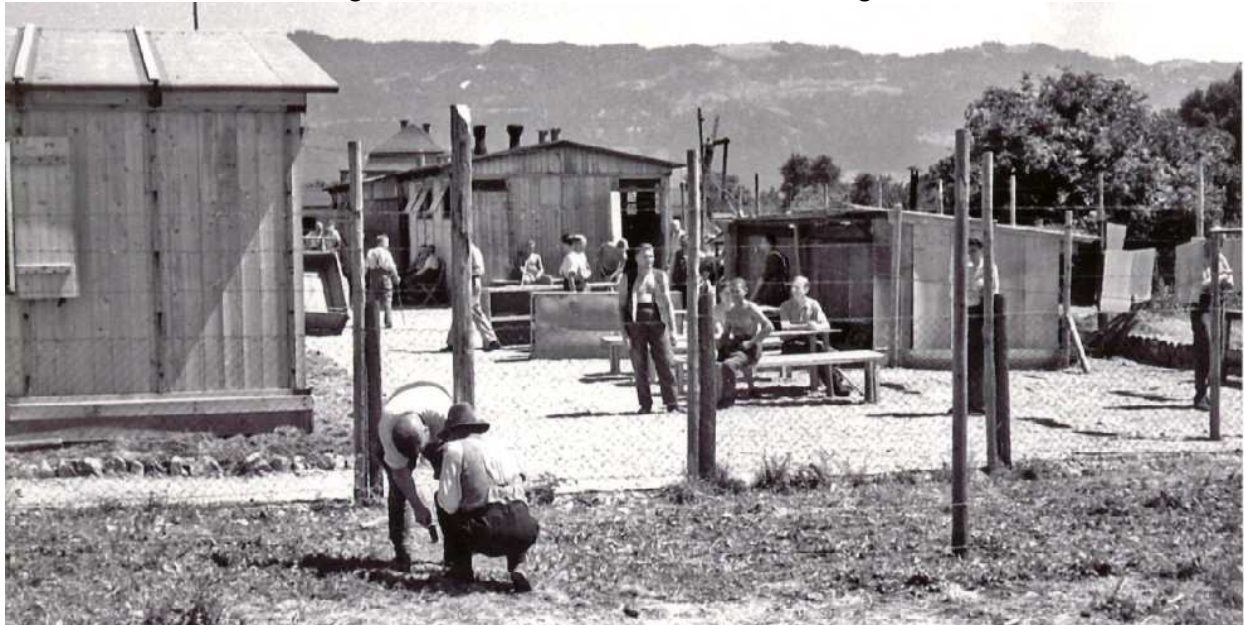
Am 3. Mai hatte die Besatzungsmacht durch Plakate bekannt gegeben, dass die NSDAP und ihre Untergliederungen generell verboten und aufgelöst sind.

NSDAP-Kreisleiter Vogel, welcher bereits am 29. April Lindau und sein Büro im Haus „Baumgarten“ verlassen hatte, wurde am 1. Mai beim Versuch, mit einer Pistole bewaffnet bei Hergensweiler durch die französischen Truppen hindurch nach Westen zu entkommen von befreiten polnischen Zwangsarbeitern erschossen.

Der 2. und amtierende Bürgermeister Lindaus, Dr. Stefan Euler, bereits seit 1921 einer der ersten ideologischen und organisatorischen Förderer des Judenhasses und der deutschvölkischen Ideologie in Lindau, sowie Landrat Kummer wurden am 1. Mai ihrer politischen Ämter enthoben und inhaftiert. Dr. Euler war das einzige Stadtratsmitglied aus der Zeit vor dem „Dritten Reich“, welcher auch all die braunen Jahre über Stadtrat blieb, seit 1933 als „3. Bürgermeister“. Zunächst wurde Rechtsanwalt Dr. Eberth zu Dr. Eulers Nachfolger als amtierender Bürgermeister Lindaus, später zusätzlich auch als Landrat eingesetzt. Dr. Euler und NS-Landrat Kummer wurden zeitweise im Keller der Buchhandlung Stettner gefangen gehalten, verhört und gelegentlich geschlagen. Ein Teil der örtlichen SS-Verantwortlichen, wie beispielsweise Dr. Roderus, kamen zunächst in die Arrestzellen der Peronne/Luitpold-Kaserne.

Die verhafteten Stützen des „Dritten Reiches“ im „Holzbau Schneider“, insbesondere bisherige SS-Mitglieder, wurden anfangs von Mitgliedern der französischen Armee massiv schikaniert. Dazu wurden beispielsweise in verschiedenen Nächten alle Gefangenen durch Schüsse geweckt. Nun musste die Mehrheit zusehen, wie die SS-Leute geschlagen wurden. Nach einigen Tagen wurde dies auf Grund von Beschwerden gegen die Besatzungsmacht beendet.

Zunächst verlief die „Entnazifizierung“ uneinheitlich, unorganisiert und widersprüchlich. Allein die Ernennung des bisherigen NSDAP-Mitgliedes Dr. Eberth zum Bürgermeister und Landrat Lindaus zeigt, wie lückenhaft die Informationslage der französischen Seite



Stützen des NS-Faschismus aus Stadt und Landkreis Lindau im ehemaligen NS-Kamelbuckel-Zwangsarbeiterlager, seit Mai 1945 von der französischen Militärverwaltung als „Camp Beau Sejour“ zur Inhaftierung bisheriger Lindauer NS-Größen verwendet.

Foto: ECPAD, Ivry Sur Seine bei Paris.

anfangs war. Dr. Eberth erreichte dann beispielsweise, dass der zum Lindauer Stadtbaurat ernannte Friedrich Wolf, welcher in der NS-Zeit wegen politischer Gründe aus der Stadtverwaltung Deggendorf entlassen worden war, am 20. August 1945 per Beschluss der von ihm und der französischen Militärverwaltung ernannten Lindauer Stadtrats-Beiräte mit 8 zu 5 Stimmen entlassen, bzw. beurlaubt wurde. Wolf trat als Mitglied des Politischen Beirats, welcher die Entlassung bisheriger NS-Mitglieder und

Aktivisten aus der örtlichen Verwaltung zu betreiben hatte, aktiv für diese Aufgabe ein, was Eberth so nicht gefiel.

Dies änderte sich deutlich u.a. durch die Gründung des antifaschistischen Blockes Lindau, welchem neben Mitgliedern der beiden traditionellen Arbeiterparteien SPD und KPD auch solche der späteren bürgerlichen CSU und FDP angehörten.

Sozialdemokratische Mitglieder des Antifa-Blockes wirkten beispielsweise daran mit, dass Oskar Groll, ehemaliger Lindauer SPD-Vorsitzender und Landtagsabgeordneter vor 1933, am 16. Oktober 1945 zum ersten, zunächst provisorischen Kreispräsidenten des Kreises Lindau ernannt wurde. Nicht zum Zug kam der deutschnationale ehemalige Reichswehrminister Dr. Gessler aus Lindenberg.

Am 10. Dezember 1945 wandte sich die Gruppe der Reichsbahnbeschäftigten innerhalb des Antifa-Blockes mit einem Brief an Kreispräsident Groll. Sie forderte die Absetzung von Dr. Eberth als Bürgermeister und Landrat.

Am Tag darauf trat Eberth vom Posten des Lindauer Bürgermeisters zurück. Geheimrat Dr. Walter Frisch, Bankier, Jurist und Besitzer des Klosterhofes wurde sein Nachfolger und zugleich Landratsstellvertreter.

Erstmals im Oktober 1945 wurden von der Militärregierung Richtlinien zur Entnazifizierung veröffentlicht. Sie kombinierten im Unterschied beispielsweise zur Praxis in der US-Zone die standardisierten Ergebnisse eines Fragebogens mit einer Berücksichtigung der tatsächlichen individuellen Handlungen der einzelnen Personen. Auch im Landkreis Lindau wurde für dieses Verfahren ein Kreisuntersuchungsausschuss KRUA eingerichtet, der dem Staatskommissariat in Tübingen und der Militärregierung unterstellt war. Im Juli 1947 wurde der KRUA dem in Tübingen zusammengefassten Spruchkammerverfahren unterstellt. Die Durchleuchtung des öffentlichen Dienstes erfolgte schneller, als jene der Wirtschaft.

Die Ergebnisse dieser Verfahren wurden im Amtsblatt des Bayerischen Kreises Lindau veröffentlicht.

So wurden wegen ihrer verschiedenartigsten Unterstützungen des NS-Faschismus bis Herbst 1946 beispielsweise von den 94 Bediensteten des Landratsamtes Lindau 7% entlassen, in den Lindauer Stadtwerken 14 %, darunter der Lindauer Bürgermeister und spätere Oberbürgermeister Josef Haas, in der Stadt- und Kreissparkasse 10 %, darunter zwei Direktoren. Fünf von 58 Ärzten im Landkreis, also 8,5%, erhielten zwischen einem und vier Jahren Berufsverbot, darunter Dr. Euler.

Claude Dornier, Direktor auch der Lindauer Dornierwerke seit 1933, wurde am 23. Dezember 1947 zu einer Geldbuße von 300 000 RM verurteilt, zusätzlich der Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit, sowie des Verbots der Annahme öffentlicher Ämter auf fünf Jahre und der Untersagung jeglicher leitender Tätigkeit ebenfalls auf fünf Jahre.

Dr. Friedrich Siebert, Lindaus 1. NS-Bürgermeister der Jahre 1933 - 1939, wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP, der SS sowie der NS-Besatzungsregierung in Polen dort im Jahre 1946 als Kriegsverbrecher zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

Insgesamt ergab das französische Verfahren der Entnazifizierung bis 1952 bei rund 93 Prozent der untersuchten Personen deren Entlastung als „Mitläufer“, „Entlastete“ und „Nichtbetroffene“. Nur bei 7 Prozent wurde auf eine Mittäterschaft in verschiedenen Abstufungen erkannt.

Kritik an Verfahren und Ergebnissen der „Entnazifizierung“ wurden bereits in den Anfangsjahren immer wieder formuliert, so beispielsweise im „Rundschreiben der SPD im Kreis Lindau“ vom 29. Juli 1947: „Auf die bevorstehende Errichtung von Spruchkammern in der französischen Zone bezugnehmend, ist bisher deutlich die Tendenz erkennbar gewesen, die beschlossenen Sanktionen bei den Kleinen durchzuführen, für die Großen aber immer Hintertüren zu finden, um sie zu schonen...“. So konnte beispielsweise Dr. Claude Dornier noch im Juli 1947 einen eigenen Wagen chauffieren und mit Hilfe seines zweiten Passes, einem schweizerischen, ohne bürokratische Probleme die

Besatzungszone verlassen. Die Rüstungspläne der französischen Regierung machten ihn zu einer interessanten und gefragten Person. Auf Grund enger Beziehungen zur Familie des spanischen Diktators Franco gelang es ihm auch bereits im März 1951 in Madrid wieder eine eigene Konstruktionsfirma zu eröffnen.

Am 31. März 1949 wurde der Kreisuntersuchungsausschuss aufgelöst. Die Revisionsverfahren zogen sich noch bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik und bewirkten vor dem Hintergrund des inzwischen entfachten „Kalten Krieges“ zwischen kapitalistischem „Westen“ und stalinistischem „Osten“ in der Regel eine Milderung, bzw. Aufhebung der ursprünglichen Urteile.

Ab 1951 durften in der BRD alle wegen ihrer früheren NS-Aktivitäten aus dem Öffentlichen Entlassenen wieder in diesen zurück.

Die Rückkehr der meisten NS-Täter in frühere oder ähnlich einflussreiche Stellungen gelang über die Jahre erschreckend häufig und ist eine der Ursachen für den muffigen politischen und gesellschaftlichen Konservatismus des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ der 1950er- und 1960er-Jahre. So wurde beispielsweise Dr. Euler zwar im September 1946 im ersten Urteil seines „Entnazifizierungsverfahrens“ noch zum Verbot seiner Berufsausübung auf vier Jahre verurteilt, sowie zur Rückzahlung von 20 Prozent seines Einkommens der vergangenen fünf Jahre. Zu einer zusätzlichen Verurteilung als Kriegsverbrecher hatte die Aktenlage nach 18 Monaten Untersuchungshaft nicht ausgereicht. Er und Josef Haas fanden sich dann aber wie weitere bisherige lokale Größen der NS-Zeit auffällig oft beispielsweise in der 1952 gegründeten Gruppierung der „Freien Wähler“ wieder. 1956 wurde Euler über deren Liste erneut in den Stadtrat gewählt, erhielt bereits 1960 den Goldenen Bürgerring der Stadt Lindau, 1961 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und im Dezember 1969 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Lindau.

Josef Haas konnte bereits 1948 wieder als Rechtsanwalt arbeiten. 1952 wurde er zum Stadtdirektor und Beamten auf Lebenszeit ernannt. Von 1956 bis 1964 war er gewählter Oberbürgermeister der Stadt Lindau.

Schlossermeister und ehemaliges NSDAP-Mitglied Hans Koch wurde bereits 1952 über die Liste der Freien Bürger in den Stadtrat gewählt und 1954 zum stellvertretenden Bürgermeister. In der Stadtratssitzung vom 31. 3. 1954 berichtete er, er habe im Garten von Herrn Kasiske die Figur des früheren Lindauer Hitlerjugendbrunnens am Cafe Hauser, heute „Neues Cappucino“, besichtigt und „konnte sich davon überzeugen, dass diese Figur keine nationalsozialistischen Symbole aufweist...“. Was er dem Stadtrat und der Öffentlichkeit verschwiegen war, dass er zuvor einen seiner Lehrlinge damit beauftragt hatte, die NS-Symbole am Koppelschloss der Figur fachmännisch zu entfernen und die Stelle entsprechend neu zu überschmieden, um diese Manipulation äußerlich unkenntlich werden zu lassen. In der Folge stand die HJ-Figur aus dem Jahre 1937 dann von 1954 bis 1989 erneut auf dem Sockel. Seit dem Jahre 2000 wird dieser von einem Figurenpaar des Lindauer Kinderfestes geschmückt.

Zum Jahresbeginn 2005 beschloss die Lindauer Stadtratsmehrheit eine Straßenbenennung nach Felix Wankel, bis 1933 NS-Aktivist im Lande Baden und seit 1936 Nutznießer des Regimes in Lindau. Wankel hatte noch in den allerletzten Kriegstagen als Unterstützung für den SS-Schlächter des jüdischen Warschauer Ghettos, Jürgen Stroop, erfolglos versucht, die Belegschaft seiner Firma für eine Teilnahme an der NS-Alpenfest

© Karl Schweizer

Quellen und Literatur:

- Werner Dobras „Lindau 1945-1955 – Begleitheft zur Ausstellung“, Lindau 1986.
- Karl Schweizer „Der Nationalsozialismus in Stadt und Landkreis Lindau“ in „Daheim im Landkreis Lindau“, Hrg.: Werner Dorbras und Andreas Kurz, Konstanz 1994.

- Karl Schweizer „Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in Lindau 1945“ in „Montfort“, Heft 3/1995, Dornbirn 1995, S. 231 ff.